
Binnenwirtschaft

22 SASAC bestimmt Regeln über den Transfer von Vermögenswerten staatseigener Unternehmen

Die Regulierungsbehörde für die Restrukturierung der Staatsunternehmen (State Assets Supervision and Administration Commission, SASAC), die dem Staatsrat untersteht, veröffentlichte Mitte Dezember 2003 ein Regelwerk für den Transfer der Eigentumsrechte der staatseigenen Unternehmen. Dies umfasst u.a. folgende Schritte zur Umwandlung der Unternehmen in Aktiengesellschaften:

- Klärung der Eigentumsverhältnisse
- Buchprüfung
- Bewertung des Vermögens
- Überwachung von Vereinbarungen
- Preissetzung der staatlichen Vermögenswerte
- Überwachung von Kapitalbeschaffungen
- Gläubigerschutz
- Schutz der Rechte von Beschäftigten
- Management buy out (Aufkauf von Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsleitung)

Im Rahmen des von der SASAC vorgelegten Regelwerkes können die Eigentumsrechte der Staatsunternehmen auf verschiedene Weise restrukturiert werden, beispielsweise durch Fusionen, Allianzen etc. Hierfür müssten allerdings qualifizierte Fachleute hinzugezogen werden, die auf der Basis des Regelwerkes (Regulations on the Management of State Property) eine Bewertung der Vermögenswerte vornehmen.

Der Preis für die Vermögenswerte soll aufgrund der Ergebnisse der Bewertung festgesetzt und dabei Nachfrage sowie Angebot von Vermögenswerten staatlicher Unternehmen, die Unterbringung der Beschäftigten und die Einführung neuer Technologien berücksichtigt werden. Bei börsennotierten Unternehmen sollen die Preise der staatseigenen Aktien auf der Basis der

Performance der Unternehmen und ihrer Gewinne bestimmt werden; ihr Preis soll über dem Nettovermögenswert der Anteile liegen.

Beim Aufkauf der Unternehmen soll eine einmalige Zahlung erfolgen; allerdings kann eine Tilgung der Kaufsumme auch bei Genehmigung innerhalb eines Jahres erlaubt werden. Solche Manager, die für die schlechte Performance der Unternehmen verantwortlich sind, werden vom Kauf von Vermögenswerten ihres Unternehmens ausgeschlossen. Manager, die Vermögenswerte ihres Unternehmens kaufen, dürfen bei wichtigen Entscheidungen über den Transfer von Eigentumsrechten nicht beteiligt werden. Außerdem ist untersagt, für einen Geschäftsabschluss Kapital beim entsprechenden Unternehmen oder durch Hypotheken auf die staatseigenen Vermögenswerte des Unternehmens aufzunehmen.

Die Umwandlung von staatseigenen Unternehmen in Aktiengesellschaften gilt als wichtiges Element der Wirtschaftsreform. Bedingt durch fehlende Gesetze und Bestimmungen, gab es oftmals eine unzureichende Bewertung des Vermögens der Staatsunternehmen (XNA, 15.12.03) und damit einhergehende Probleme wie „asset stripping“.

In einem Kommentar in der *Renmin Ribao* von Mitte Dezember 2003 wird die Führung der einzelnen Provinzen dazu aufgerufen, die von der SASAC herausgegebenen Richtlinien umzusetzen. Diese Bestimmungen seien von zentraler Bedeutung für die Vertiefung der Reform der Staatsunternehmen. (XNA, 15.12.03)

Die *South China Morning Post* weist in einem Artikel darauf hin, dass bei der Reform der Staatsunternehmen zwei sich widersprechende Ziele angestrebt worden seien. Einerseits hätte das Management der Unternehmen und ihre Effizienz verbessert werden sollen, andererseits hätten die Unternehmen Mittel für ein Sicherheitsnetz ihrer überschüssigen Arbeitskräfte bereitstellen sollen. Aufgrund des Zielkonflikts hätten die Reformen gemischte Resultate ergeben. Seit 1994 seien dem Bericht nach 3.080 staatseigene Unternehmen geschlossen worden bzw. mussten Konkurs anmelden. Im Verlauf dieses Prozesses seien 200 Mrd. Yuan überfälliger Kredite abge-

schrieben und rd. 5,3 Mio. Beschäftigte entlassen worden. Seit 1995 sei außerdem die Zahl der staatseigenen Unternehmen um rd. 46% von 77.600 auf nunmehr 41.900 reduziert worden.

In einer Rede im November 2003 soll der SASAC-Vorsitzende Li Rongrong gewarnt haben, dass mehr als 2.500 staatseigene Unternehmen und Minen vor dem Konkurs ständen und geschlossen werden müssten. In diesem Zusammenhang müsse mit einer Freisetzung von 5,1 Mio. Beschäftigten und hohen Kosten für ihre Unterhaltung gerechnet werden.

Als Gründe für die beschleunigte Restrukturierung und auch Privatisierung von Staatsunternehmen nennen Chinaexperten drei Gründe: 1) Möglichkeit, staatseigene Aktienanteile zu verkaufen, 2) Verbesserung der *corporate governance* und 3) Erhöhung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit inländischer Unternehmen.

Der Ökonom Hong Liang vom Investmenthaus Goldman Sachs China sieht zwei Trends bei der Reform der Staatsunternehmen. So hätten Provinzregierungen nach der Ermutigung durch die Zentralregierung die ihnen unterstehenden kleinen und mittelgroßen Staatsunternehmen schneller privatisieren wollen. Ein Beispiel für die Entwicklung sei Changsha, Hauptstadt der Provinz Hunan, in der bereits 90% dieser Staatsunternehmen privatisiert worden seien. Diesen Trend bestätigen Statistiken der SASAC, nach denen 80% der kleinen Staatsunternehmen auf Kreisebene und 60% der Staatsunternehmen auf Gemeindeebene privatisiert wurden. Die Privatisierung der großen Staatsunternehmen ist nach Einschätzung von Liang jedoch durch widersprechende Ankündigungen verkompliziert worden. So habe die Regierung zwar gesagt, dass ausländische Investoren willkommen seien, Anteile der großen Staatsunternehmen zu kaufen, doch wurde gleichzeitig eine Bestimmung erlassen, die Verkäufe zu Preisen nur über dem Nettovermögenswert der Anteile erlaube. Dies könne potenzielle Investoren abschrecken. (SCMP, 5.1.04) -schü-

23 Zunehmender Wettbewerb um leitende Manager

Die Qualifikation der Manager ist auch für die erfolgreiche Restrukturierung der staatseigenen Unternehmen zu einer wichtigen Voraussetzung geworden. Um die Suche nach geeigneten Fachkräften zu unterstützen, hatte die State Assets Supervision and Administration Commission (SASAC) im September 2003 die Ausschreibung von leitenden Managerpositionen für sechs große Staatsunternehmen, die Ministerien der Zentralregierung unterstehen, zugelassen. Auf die Positionen des „Vice President“ bewarben sich 463 Kandidaten, darunter 17 ausländische Manager.

Hintergrund dieser Entwicklung ist das Problem, das die bestehenden Mechanismen des Personalmanagements nicht kompatibel sind mit der starken Zunahme des Wettbewerbs um leitende Manager. Eine vor kurzem in Beijing in 150 Staatsunternehmen durchgeführte Untersuchung machte beispielsweise deutlich, dass 64% der Fachkräfte mit einem Hochschulabschluss, die seit 1982 eingestellt worden waren, in private oder ausländische Unternehmen abgewandert sind. Selbst die Staatsunternehmen in Beijings Hightechzone Zhongguancun haben im Durchschnitt rd. 20% ihrer Beschäftigten an ausländische Unternehmen verloren.

Durch die wirtschaftliche Erholung vieler Staatsunternehmen soll sich angeblich deren Attraktivität für Hochschulabsolventen wieder verbessert haben. Außerdem sind die Unternehmen inzwischen auch über den Einsatz von „head hunter“ aktiv bei der Suche geeigneter Kandidaten. (XNA, 26.11.03)

Für eine der von SASAC international ausgeschriebenen Positionen des „Vice President“ für die China National Trade Transportation Corp. wurde der Hongkonger Manager Huang Biele ausgewählt, der zuvor Finanzdirektor der Hongkong Wide Code Investment (Group) Ltd. war. SASAC zufolge soll auch im Jahre 2004 die öffentliche Ausschreibung hochrangiger Stellen fortgesetzt werden.

Zu den anderen Kandidaten, die über das landesweite Ausschreibungsverfahren von SASAC auf die Stelle ei-

nes „Vice President“ berufen wurden, zählen Lu Youqing, Beamter aus der Provinz Sichuan, der mit 92 anderen Kandidaten konkurrierte und die Stelle bei der China Aluminium Corp. Ltd. besetzte, sowie Han Benyi, der als ehemaliger „Vice President“ einer lokalen Rundfunk- und Fernsehgesellschaft aus der Provinz Shaanxi 121 Kandidaten gegenüberstand und nun „Vice President“ der China General Technology (Group) Holding Ltd. geworden ist. Von den sieben insgesamt zu besetzenden Posten gingen sechs an Kandidaten, die zwischen 37 und 45 Jahre alt waren und die alle einen Hochschulabschluss aufwiesen. (XNA, 17.12.03)

Ausländische Unternehmen sehen sich in China ebenfalls einem harten Wettbewerb um Manager gegenüber und müssen sich besonders anstrengen, ihr Leitungspersonal zu halten. Die schwierige Situation machte auch eine Umfrage des Consulting-Unternehmens Hewitt Associates vom Oktober 2003 deutlich, nach der 43% der leitenden Manager ihre Unternehmen wechseln. Gegenüber einem Anteil von 5% in Singapur und 11% in Australien ist dies deutlich mehr. Nach Einschätzung vieler ausländischer Unternehmen wird sich die Situation auch in den nächsten Jahren nicht entspannen. Der Einsatz von auslandschinesischen Managern ist nach Hewitt nur beschränkt möglich. So sollen 66% der leitenden Manager, die von außerhalb Chinas angeworben waren, innerhalb eines Zeitraums von 18 Monaten wieder durch neue Manager ersetzt worden sein. Obwohl es durchaus Ausnahmen von der Regel gebe, würden doch oftmals Manager aus Hongkong und Taiwan aufgrund von kulturellen und politischen Unterschieden, und im Falle von Hongkonger Managern auch aufgrund mangelnder Kenntnis des Hochchinesischen, nicht akzeptiert werden.

Nach Einschätzung von Eric Rosenkranz, Präsident der Grey Global Group, Asia Pacific, stellt die Bezahlung der Manager nur einen von mehreren Faktoren dar, um Anreize für ein Verbleiben im Unternehmen zu schaffen. Gleich nach der Bezahlung komme die verbale Anerkennung guter Leistung, das Angebot von Weiterbildung sowie das Wachstumspo-

tenzial eines Unternehmens. (FEER, 25.12.03-1.1.04) -schü-

24 Die ersten zwei Staatsbanken sollen fit für den internationalen Wettbewerb gemacht werden

Liu Mingkang, Vorsitzender der chinesischen Bankaufsichtsbehörde (China Banking Regulatory Commission) kündigte im Dezember 2003 an, dass die ersten zwei der vier großen Staatsbanken von der Regierung aktiv bei ihrer Umwandlung in international wettbewerbsfähige Finanzinstitute unterstützt werden. Die Banken sollen ihre uneinbringlichen Kredite reduzieren, ihre Eigenkapitalquote erhöhen, ihr Management verbessern und nach einer Umwandlung in Aktiengesellschaften an der Wertpapierbörse notieren.

Zur finanziellen Unterstützung der Banken will das Finanzministerium eine Kapitalspritze bereitstellen. Über die genaue Höhe der Finanzmittel und die Namen der betreffenden Banken kursierten im November/Dezember noch unterschiedliche Angaben (AWSJ, 30.11., 8.12.03). Anfang Januar gab die State Administration of Foreign Exchange bekannt, dass für die BOC und die China Construction Bank eine Kapitalspritze in Höhe von 45 Mrd. US\$ aus den Devisenreserven zum 31.12.03 bereitgestellt worden sei. (www.chinaview.cn, 6.1.04)

Anfang Dezember äußerte Hua Qingshan, „Vice President“ der Bank of China (BOC), die Hoffnung, dass seine Bank im Jahr 2005 an der Börse notieren könne. (AWSJ, 3.12.03) Die BOC erhielt Mitte Dezember 2003 von der Zeitschrift *Asset Magazine*, einer führenden Finanzzeitschrift Asiens, den Titel „Best Bank in China“ für das Jahr 2003. Ein Sprecher der Bank führte diese Auszeichnung auf die erfolgreichen Anstrengungen zur Verbesserung der Dienstleistungen der Bank zurück. Den Titel hatte die BOC bereits in den Jahren 2000 und 2002 erhalten. (XNA, 16.12.03)

Der Verkauf von uneinbringlichen Krediten an ausländische Finanzinstitute hat sich in den letzten Monaten weiter beschleunigt. Die China Huarong Asset Management Co., eines der vier für

den Verkauf von uneinbringlichen Krediten zuständigen Unternehmen, veröffentlichte die Namen der Finanzinstitute, die für die Auktion mit einem Volumen von 2,68 Mrd. US\$ Gebote eingebracht hatten. Dies waren die ausländischen Finanzinstitute Citigroup Inc., J.P. Morgan Chase & Co., Goldman Sachs Group Inc., Morgan Stanley, UBS AG sowie das inländische Finanzinstitut Ao Yi Er Investment Management Co. Details über die Auktion, die die bisher größte zum Verkauf von uneinbringlichen Bankkrediten war, wie Preise oder Anteile etc. wurden noch nicht bekannt. Das Gesamtvolumen soll in 22 verschiedenen Teilen angeboten worden sein. (AWSJ, 22.12.03)

Nach Einschätzung der *Financial Times* ist die anstehende zweite Teil-Rekapitalisierung von Staatsbanken sowie die beschleunigte Durchführung anderer Reformen zur Restrukturierung ein wichtiger Schritt, der nicht weiter hinausgezögert werden darf. Es sei nicht damit zu rechnen, dass die Banken aus ihren Problemen „herauswachsen“ könnten. Ohne drastische Reformen müsse mit einer Fortsetzung von Kapitalverkehrskontrollen, rigider Festsetzung von Bankzinsen und immer schärferer Kontrollen von nicht-staatlichen Finanzinstituten gerechnet werden. Allerdings befürchtet die *Financial Times*, dass die angekündigten Maßnahmen nicht ausreichen werden, um die Banken tatsächlich fit für den internationalen Wettbewerb zu machen. So müssten die Quoten der uneinbringlichen Kredite der Banken bei einer Börsennotierung mindestens unter die 12%-Grenze gesenkt und die Eigenkapitalquote auf 8% erhöht werden.

Nach offiziellen Daten haben die vier großen Staatsbanken allerdings eine durchschnittliche Quote der uneinbringlichen Kredite von 22%, und ihre Eigenkapitalquote liegt bei 6,5%. Um die gewünschte Veränderung zu erreichen, müsste die Regierung 1.100 Mrd. RMB bzw. 10% des Bruttoinlandsprodukts zur Verfügung stellen. Allerdings liegt alternativen Schätzungen zufolge die Quote der uneinbringlichen Kredite bei ca. 40%, sodass die erneute Re-Kapitalisierung nicht ausreichen würde, um die Banken fit für den Wettbewerb zu machen. (FT, 27.11.03) -schü-

25 FEER-Rangfolge der führenden Unternehmen im Jahr 2003

In der Rangfolge der führenden chinesischen Unternehmen, die jährlich von der *Far Eastern Economic Review* (FEER) aufgestellt wird, liegen erneut die Unternehmen Haier und Legend an erster Stelle. Das auf Haushalts-elektronik spezialisierte Unternehmen Haier hat damit angefangen, ein globales Netz von Unternehmen aufzubauen. Die ersten 13 Unternehmen sind weltweit angesiedelt, u.a. in Jordanien und den USA. Trotz dieser Bemühungen ist der Name des Unternehmens im Ausland noch fast unbekannt.

Der Verkaufsumsatz von Haier belief sich auf rd. 9 Mrd. US\$, einschließlich des im Ausland erwirtschafteten Umsatzes von rd. 1 Mrd. US\$. Haier hat in China einen Marktanteil von 30% bei Kühlschränken, Klimaanlageanlagen und Waschmaschinen. Das Unternehmen ist an der Shanghaier Börse (Qingdao Haier) und an der Hongkonger Börse (Haier CCT Holdings) notiert.

Rangfolge der führenden Unternehmen im Jahr 2002 und 2003

Unternehmen	02	03
Haier Group	1	1
Legend Group	2	2
Shanghai Baosteel Group	3	11
COSCO	4	12
Shanghai Automotive Industry Corp.	5	5
China National Offshore Oil*	-	6
China National Petroleum Corp.	7	6
Sinopec Group	8	7
China First Automobile Works Group	9	8
COFCO	10	23

* Neu in der Liste der 200 untersuchten Unternehmen im Jahre 2003.
Quelle: FEER, 25.12.03-1.1.04, S.56.

Auf dem zweiten Platz liegt das Computerunternehmen Legend, das ebenfalls eine Börsennotierung in Hongkong aufweist. In den ersten 10 Mo-

naten des Jahres 2003 exportierte das Unternehmen rd. 2,9 Mio. Personalcomputer und konsolidierte damit seine Position als größter PC-Hersteller mit einem Marktanteil von rd. einem Viertel.

Unter den führenden chinesischen Unternehmen dominieren solche, die eine enge Beziehung zur Entwicklung der Infrastruktur haben, insbesondere Stahl-, Energie- und Bauunternehmen. Nach Einschätzung der FEER haben diese Unternehmen in besonderem Maße vom staatlichen Ausgabenprogramm zur Entwicklung der Infrastruktur profitiert, das in den letzten fünf Jahren das Wirtschaftswachstum mit getragen hat. Allerdings sei für das Jahr 2004 zu erwarten, dass die Gewinne der Unternehmen aufgrund der Preissteigerungen bei Erdöl und anderen Gütern zurückgehen.

Auf der Liste der führenden 33 Unternehmen befinden sich weiterhin solche aus dem Telekommunikations- und Automobilsektor, die ihre Situation durch die Ausweitung der Konsumausgaben verbessern konnten. Weiterhin zählen dazu die vier großen Staatsunternehmen und die drei großen staatlichen Versicherungsgesellschaften.

Aus Sicht der FEER macht die Liste der größten 33 Unternehmen die nach wie vor zentrale Rolle der Regierung in der Wirtschaft deutlich. Zwar seien Privatunternehmen inzwischen nach Einschätzung vieler Experten der Wachstumsmotor der Wirtschaft, doch seien die größten Unternehmen weiterhin im staatlichen Eigentum bzw. unter staatlicher Kontrolle. („State Giants still dominate“, in: FEER, 25.12.03-1.1.04, S.56) -schü-

26 Private Eigentumsrechte sollen in Verfassung geschützt werden

Im Dezember hat die KPCh den Entwurf einer Verfassungsergänzung vorgelegt, in dem privates Eigentum ebenso wie öffentliches Eigentum geschützt werden soll. Nach Einschätzung des *Asian Wall Street Journal* vom 22.12.03 beendet dieser Entwurf, der im Frühjahr 2004 dem Nationalen

Volkskongress (NVK) zur Entscheidung vorgelegt wird, eine lang andauernde Diskussion über die Rolle des Privatsektors und privaten Eigentums.

Nach Einschätzung von Dai Dingjian, Rechtswissenschaftler beim Ständigen Ausschuss des NVK, steht auch nach der Aufnahme dieser Verfassungsänderung noch viel Arbeit bevor, insbesondere die Anpassung von Gesetzen und Bestimmungen, um die Umsetzung dieses Verfassungsprinzips zu garantieren.

Aus Sicht des Rechtswissenschaftlers Liang Xisheng von der China University of Politics and Law, der an der Ausarbeitung des Entwurfs beteiligt war, befürchten die Privatunternehmer, dass ihr Vermögen vom Staat konfisziert oder kontrolliert werden könne, wenn ihre Rechte nicht in der Verfassung abgesichert sind. (China Business Weekly, in: http://www.english.peopledaily.com.cn/200401/04/print20040104_131796.html)

Der Schutz des privaten Eigentums bzw. privaten Vermögens wird dazu beitragen, dass Chinas rechtlicher Rahmen stärker in Übereinstimmung mit der ökonomischen Realität kommt. Die Verfassungsänderung ist gleichfalls ein wichtiges Signal für die Unterstützung der weiteren Entwicklung des Privatsektors. (FT, 23.12.03; IHT, 23.12.03) -schü-

27 „Offizielle Statistiken spiegeln Wirtschaftswachstum im Wesentlichen richtig wider“

Ende November ging der Direktor des Staatlichen Statistikamtes, Li Deshui, während einer Pressekonferenz auf die Kritik an den offiziellen Statistiken zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) ein. Obwohl es noch bestimmte Unzulänglichkeiten gäbe, würden die offiziellen Statistiken das Wirtschaftswachstum Chinas richtig widerspiegeln. Es hätte etwas Ironisches, dass einige Ökonomen nun kritisierten, dass die offiziellen Angaben zum BIP zu niedrig ausfallen würden, während in den vergangenen Jahren stets von einer Aufblähung der BIP-Daten gesprochen worden sei.

Li wies darauf hin, dass die Statistik weitgehend auf internationalen Standards beruht und im Wesentlichen die Wirtschaftsleistung Chinas richtig darstellt: „I can confidently tell everyone that China's statistical work and method of collecting data is basically integrated with internationally accepted standards.“ „... all the statistical data released by the NBS [National Bureau of Statistics] can basically reflect the economic performance of China.“

Hintergrund für Li Deshuis Erklärung ist die Kritik von einigen Ökonomen, dass die Wachstumsrate von 8,5% bis zum 3. Quartal den auf hohen Investitionszuwächsen basierenden Wirtschaftsboom nicht glaubhaft reflektiert. Manche Ökonomen gehen deshalb sogar von einer Wachstumsrate von 10% aus. Aus Sicht von Li würden die Kritiker jedoch nicht die negativen Folgen der SARS-Epidemie berücksichtigen.

Li kündigte an, dass das Statistikamt die Sammlung und Verbreitung von Wirtschaftsdaten verbessern und ein neues System zur Aktualisierung veröffentlichter Daten in Übereinstimmung mit internationaler Praxis einführen wird. So sollen Wachstumsraten regelmäßig aktualisiert werden, wenn neue Daten vorliegen. Eine Überarbeitung rückliegender Perioden könnte bis zum Jahr 1952 erfolgen. Außerdem sollen die vorläufigen Jahresdaten noch nicht im Dezember des laufenden Jahres, sondern erst im Januar des darauf folgenden Jahres veröffentlicht werden. Darüber hinaus soll im Jahr 2004 erstmals ein Wirtschaftszensus durchgeführt werden, um strukturelle Veränderungen in der Wirtschaft besser erfassen zu können. Der Zensus soll insbesondere den Strukturwandel im Industrie-, Dienstleistungs- und Bausektor sowie in großen Unternehmen widerspiegeln. (Hongkong Agence France Press, 20.11.03)

Zu den chinesischen Ökonomen, die von einer Unterbewertung der Wirtschaftsentwicklung durch die offiziellen Statistiken ausgehen, zählt Professor Li Yining. Auf die Frage, ob Chinas BIP übertrieben hoch ausgewiesen sei, antwortete Li, dass eher von einer Unterbewertung gesprochen werden müsse. Li zufolge tragen die

staatseigenen Unternehmen sowie die privaten Unternehmen jeweils rd. 50% zum BIP bei. Obwohl im Staatssektor durchaus einige Daten aufgebläht seien, halte sich das Ausmaß der nicht korrekten Darstellung in engen Grenzen. Im Privatsektor müsse jedoch damit gerechnet werden, dass der Anteil des zu gering ausgewiesenen Wachstums deutlich höher sei.

Li zufolge fließen viele Einkommen nicht in die Berechnung des BIP ein. Beispielsweise gebe es inzwischen rd. 10 Mio. Frauen, die von privaten Haushalten in der Kinderbetreuung beschäftigt würden. Ihr Einkommen werde jedoch nicht erfasst. Dieses gelte auch für die gegenseitige Unterstützung beim Bau von Häusern in den ländlichen Gebieten. Oftmals würden keine Baufirmen eingesetzt, sodass diese Bauleistung auch nicht statistisch erfasst sei. (BBC PF, 15.12.03) -schü-

28 Zentrale Konferenz zur Wirtschaftspolitik betont Kontinuität und Stabilität

Die jährlich stattfindende Konferenz zur Wirtschaftspolitik, an der das Zentralkomitee der KPCh sowie der Staatsrat teilnahmen, legte Richtlinien für die Wirtschaftspolitik des Jahres 2004 vor. Sowohl Hu Jintao als auch Wen Jiabao waren als Redner auf der Konferenz vertreten. Als wesentliches Ergebnis der Konferenz wurde festgehalten, dass die Wirtschaftspolitik für das kommende Jahr eine stabile gesamtwirtschaftliche Entwicklung verfolgen und notwendige Anpassungen durchführen soll. Die Umsetzung der Wirtschaftspolitik soll sich an folgenden acht Richtlinien ausrichten:

- 1) Konsolidierung und Stärkung der fundamentalen Rolle der Landwirtschaft in der nationalen Wirtschaft; die Erhöhung der Einkommen der Bauern wird als dringlich angesehen.
- 2) Anpassung und Optimierung der Industriestrukturen zur Förderung einer koordinierten Entwicklung der regionalen Ökonomien.
- 3) Ausweitung der Beschäftigung und der Wiederbeschäftigung von freigesetzten Arbeitskräften;

- Verbesserung des sozialen Sicherungsnetzes.
- 4) Ausweitung der Nachfrage der Konsumenten; Verbesserung des Lebensstandards der ländlichen und städtischen Bevölkerung.
 - 5) Fortsetzung der aktiven Fiskalpolitik und der vorsichtigen Geldpolitik.
 - 6) Beschleunigung der wirtschaftlichen Restrukturierung; Verbesserung des ordnungspolitischen Rahmens der Marktwirtschaft.
 - 7) Fortsetzung der außenwirtschaftlichen Öffnungspolitik hinsichtlich Außenhandel und ausländischen Direktinvestitionen.
 - 8) Berücksichtigung der Gesamtsituation bei Entscheidungen im sozialen Bereich. Kontinuität der gesamtwirtschaftlichen Politik, um ein stetiges Wirtschaftswachstum im Jahre 2004 zu erreichen.

In den Berichten zur Konferenz wird darauf verwiesen, dass die Wirtschaft sich im oberen Bereich des ökonomischen Zyklus befinde und es erforderlich sei, die Kontinuität und Stabilität der makroökonomischen Politik aufrechtzuerhalten, um das Vertrauen und die Stabilität der Gesamtsituation zu fördern. Zu den Maßnahmen hierfür zählt u.a. die weitere Stimulierung der Inlandsnachfrage, die Verbesserung der Steuereinzahlung bei gleichzeitiger Restrukturierung der öffentlichen Ausgaben und der Sicherung ausreichender Finanzierung von Schlüsselprojekten. Mehr öffentliche Mittel als bisher sollen in die Landwirtschaft und ländliche Wirtschaft insgesamt fließen, aber auch in die soziale Entwicklung, in die Regionalentwicklung Westchinas sowie in die Revitalisierung der alten Industriebasis in Nordostchina. Weitere Sektoren, die mehr öffentliche Mittel erhalten sollen, sind der Umweltschutz, die Wiederbeschäftigungsprogramme, die soziale Sicherung und staatliche Schlüsselprojekte. Die Ziele sollen durch den geeigneten Einsatz bestimmter wirtschaftspolitischer Instrumente im Rahmen der Geld-, Fiskal- und Industriepolitik realisiert werden. (XNA, 30.11.03; AWSJ, 30.11.03)

Das hohe Wachstum der Investitionen und der Kredite sowie die Zunahme der Inflation werden von der Re-

gierung als Zeichen einer drohenden Überhitzung interpretiert. Im November 2003 waren die Verbraucherpreise um 3% (gegenüber 1,8% Preisanstieg im Oktober) gestiegen; die Zunahme der Investitionen und der Bankkredite in den ersten elf Monaten hatte bei 29,6% und 20% gelegen. Der Industrieoutput erhöhte sich im November 2003 um 18% gegenüber dem Vorjahresmonat. Das schnelle Wachstum hat die Energienachfrage und die Nachfrage nach natürlichen Ressourcen in die Höhe getrieben, zu Energieknappheit und in einigen Fällen zu Stromabschaltungen geführt. (FT, 14.12.03; AWSJ, 15., 22.12.03; IHT, 17.12.03)

Ende Dezember kündigte die Regierung Maßnahmen zur Beschränkung der Investitions- und Kreditentwicklung sowie eine Erhöhung der Energiepreise an. Um die Energienachfrage etwas einzudämmen, will der Staatsrat den Marktzugang für bestimmte Unternehmen beschränken. (AWSJ, 29.12.03) Nach Angaben der Xinhua-Nachrichtenagentur soll auch die Genehmigung von Projekten verlangsamt werden. Die Banken wurden bereits im September angewiesen, die Mindestreserve zu erhöhen, und sollen jetzt auch Kredite für den Bau von Luxuswohnungen und Geschäftskomplexen einschränken. (AWSJ, 25.12.03) Wie im Einzelnen die Restriktionen ausfallen, ist noch nicht klar, doch sollen auch gesetzliche Vorschriften für die Flächennutzung und strengere Vorgaben für die Kreditvergabe dazu zählen. (NfA, 15.12.03) -schü-

SVR Hongkong

29 Regierungschef Tung Chee-hwa besucht Beijing

Der Hongkonger Regierungschef Tung Chee-hwa traf am 3. Dezember in Beijing mit Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao zu Gesprächen über die politische, wirtschaftliche und soziale Situation in der Sonderverwaltungsregion zusammen. Die Visite Tungs war geprägt von der verheerenden Niederlage der regierungsnahen Kräfte bei der

Wahl zu den Bezirksräten Ende November, die die angespannte politische Situation in Hongkong verschärft sowie die öffentlichen Forderungen nach demokratischen Reformen weiter verstärkt hat (vgl. C.a., 2003/11, Ü 22). Es war der zweite Besuch von Tung in Beijing seit den Massenprotesten im Sommer des Jahres gegen die geplante Anti-Subversions-Gesetzgebung der Regierung (vgl. C.a., 2003/7, Ü 29, Ü 30).

Staats- und Parteichef Hu Jintao lobte bei einer Unterredung mit Tung dessen Einsatz für die Verbesserung der sozialen Stabilität, dem Wohlergehen der Bevölkerung sowie der wirtschaftlichen Entwicklung in Hongkong. Hu sicherte dem umstrittenen Regierungschef die feste Unterstützung der Zentralregierung zu. Er betonte jedoch, dass Beijing die Entwicklungen in Hongkong weiterhin genau beobachten werde. Darüber hinaus mahnte er, dass politische Reformen in der Sonderverwaltungsregion „ordnungsgemäß“ und im Einklang mit dem Grundgesetz Hongkongs, dem *Basic Law*, vollzogen werden müssten.

Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua zufolge soll Hu Jintao dem Regierungschef aber auch nahe gelegt haben, mehr auf die Meinung der Öffentlichkeit zu hören. Diese Bemerkung von Hu wurde von einigen politischen Kommentatoren und demokratischen Kräften dahingehend gedeutet, dass Beijing die Forderungen der Hongkonger nach mehr Demokratie verstehe und Diskussionen darüber zumindest zustimme. Sie zeige aber auch die eigentliche Unzufriedenheit der Zentralregierung mit der Administration Tung.

Für das demokratische Lager in Hongkong gab die Äußerung von Hu weiteren Anstoß für die Fortführung einer breit angelegten Debatte über politische Reformen. Gefordert wird in erster Linie die Einführung allgemeiner Wahlen für das Amt des Regierungschefs sowie für alle Abgeordneten der Legislativversammlung. Gemäß des *Basic Law* ist eine Änderung der Wahlverfahren bis zum Jahre 2007 möglich.

Die Warnung aus Beijing, mit einer solchen Debatte über Verfassungsänderungen nicht zu weit zu gehen, folgte